

Anhörung
26.09.2022 Ausschuss für Schule und Bildung
der Landeshauptstadt Hannover

Frage:

Ist ein kommunaler Eigenbetrieb eine sinnvolle Alternative für die Mittagessensverpflegung in Schulen und Kitas?

Die LHH hat nun ein gutes Mittagessenkonzept vorgelegt.

Wir begrüßen

1. Max. einheitlicher Essenspreis
2. Zentrales Abrechnungssystem für alle Schulen
3. Steigerung der Anzahl der Inanspruchnahme von BuT-Berchtigungen

leider ist bisher noch nicht aufgenommen:

1. freies Schulessen für Geschwister
2. faire und regionale Produktion durch soziale oder kommunale Betriebe
3. Ausgabekräfte durch den Schulträger
4. Umsetzung des Schulessens als verbindlicher Baustein einer guten Ganztagschule ab 2026, wenn der Rechtsanspruch gilt.

Wir bejahen die Frage dieser Anhörung, ob ein kommunaler Eigenbetrieb eine sinnvolle Alternative sei.

Ja, ein kommunaler Betrieb **oder ein anderer „sozialer am Gemeinwohl orientierter Betrieb“** ist zur Produktion und Verteilung von Mittagessen gut geeignet.

Begründung:

Das Schulessen und Mittagessen ist ein zentraler Baustein einer guten Ganztagschule. Das Schulessen ist integraler Bestandteil des Schullebens an dem alle SchülerInnen teilnehmen sollten. Das gemeinsame Essen aller SchülerInnen bereichert das Schulleben. Mit dem Rechtsanspruch auf eine Ganztagschule im Primarbereich ab 2026 ist eine ganztägige, gesunde Ernährung der Lernenden sehr bedeutsam und wichtig.

Der Schulträger trägt im Rahmen der Daseinsfürsorge und im Sinne des KJSG zum „Wohle des Kindes“ für ein gesundes Schulessen aller GrundschülerInnen an Ganztagschulen die Verantwortung. Das Schulessen ist eine pädagogische Aufgabe, die im Schulprogramm einer Schule hinterlegt ist. Eine Ganztagschule benötigt für das Schulessen, sowohl Ausgabekräfte als auch sozialpädagogische Fachkräfte, die das Mittagessenkonzept der LHH umsetzen können.

Ein Baustein für eine ganztägige und gesunde Ernährung ist das EU-Schulobstprogramm des Landes Niedersachsen.

Diese Leistung ist für die SchülerInnen kostenlos.

Ein weiterer Baustein wäre die Versorgung der Schüler:innen mit Trinkwasser und Schulessen.

Die Gesundheit der GrundschülerInnen gilt es zu schützen, und darf nicht der freien Marktwirtschaft überlassen werden. Das Schul-/Kitaessen in der Mittagspause ist Aufgabe des Schulträgers und gehört in die öffentliche Hand. Dem Primat der Subsidiarität stellen wir das Gebot der Solidarität voran.

Wir meinen, dass sowohl das Bezahlssystem als auch die faire und nachhaltige Produktion des Schulessens in die Hände eines kommunalen oder sozialen Betriebs gehören. Nur so können wir die Qualität der Versorgung von Kindern bis 12 Jahren sichern und kontrollieren.

Die Produktion des Essens für Kitas und Schulen könnte in 4 bis 6 zentrale Stadtteilküchen übernommen werden. Die Betriebe könnten kommunale oder soziale Betriebe sein, wie z.B. der Stützpunkt Hölderlinstraße oder „Pro Beruf“. Dort könnten kriterienorientiert Schul-/Kitaessen produziert, ausgebildet und stadtteilbezogen verkauft werden.

Eine faire, nachhaltige und klimaneutrale Produktion von Schul-/Kitaessen wäre damit ein großartiger Beitrag zur Milderung der Erwerbslosigkeit und könnte wegweisende Lösungen der gegenwärtigen Krisen sein. Die Landeshauptstadt Hannover könnte so ein gutes Beispiel sein.

Wir sollten die Chancen und Herausforderungen dieser Krisenzeiten nutzen, um gemeinsam neue zukunftsorientierte Wege zu gehen.